



Gerda
Hasselfeldt
CSU



hasselfeldts berliner notizen

informationen zur aktuellen bundespolitik.

12.09.2014

Auf Gefahren für die Freiheit muss mit Stärke hingewiesen werden Gedenkstunde anlässlich des Beginns des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren

Die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause stand zwar ganz im Zeichen des Bundeshaushaltes 2015, eine Veranstaltung stach aber trotz eines erstmals seit 45 Jahren ausgeglichenen Haushalts heraus: Am vergangenen Mittwoch fand im Plenum des Deutschen Bundestages eine Feierstunde zum Gedenken an den Beginn des zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren statt, in deren Rahmen der polnische Staatspräsident Bronislaw Komorowski als Gastredner sprach. Komorowski würdigte dabei die deutsch-polnische Aussöhnung und erinnerte daran, dass die Europäer durch die gemeinsame Überzeugung einer unveräußerlichen Würde des Menschen verbunden seien. Angesichts der derzeitigen Auseinandersetzungen in der Ukraine und in Erinnerung an die Auswirkungen des verheerendsten Krieges in der Geschichte kann an die Gründe, die zur größten Katastrophe im 20. Jahrhundert führten, nicht oft genug erinnert werden.

Überfall auf Polen 1939

Der Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde durch den Überfall Deutschlands auf Polen am Morgen des 1. Septembers 1939 markiert. Wenige Tage nach dem Überfall marschierte die rote Armee, mit Deutschland durch den Hitler-Stalin-Pakt verbunden, in Ostpolen ein. Mit dem deutschen Überfall begann der Zweite Weltkrieg, der in sechs Jahren knapp 60 Millionen Menschen das Leben kostete. Für Polen, dessen Staat zuvor bereits für Jahrhunderte von der Landkarte verschwunden war, fing damit eine lange Leidenszeit unter nationalsozialistischer Besatzung an. Dies belastete das deutsch-polnische Verhältnis auch nach Ende des Krieges über viele Jahrzehnte. Der Besuch des polnischen Staatspräsidenten im Rahmen der Feierstunde erhält deshalb eine besondere Bedeutung.

Auf Gefahren für die Freiheit mit Stärke hinweisen

Bronislaw Komorowski setzte sich bereits vor seinem Amtsantritt als polnischer Staatspräsident für die deutsch-polnische Aussöhnung ein. Nach einer Zeit eines eher unterkühlten Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen unter Staatspräsident Lech Kaczynski brachte er die Beziehungen wieder ins Lot. Komorowski gilt als deutschlandfreundlicher Europäer. In seiner Rede im Plenum des Deutschen Bundestages bezeichnete er sich als lebendigen Zeugen des Wunders der Versöhnung. Er freue sich, dass der Bundestag gemeinsam mit ihm des „kopernikanischen Umbruchs in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen“ gedenke, wie er den Zweiten Weltkrieg nannte. In seiner Rede ging der polnische Staatspräsident aber auch auf die aktuelle Lage in

der Ukraine, das Verhältnis zu Russland und die Sicherheitslage im Nahen Osten ein. Im Zusammenhang mit Russland bilde für ihn Abschreckung keinen Widerspruch zu Zusammenarbeit und Dialog, sondern sie sei deren notwendige Ergänzung. Denn es gäbe Länder auf der Welt, die auf eingegangene Verpflichtungen keine Rücksicht mehr nehmen, sobald „sie bei ihren Partnern militärische Schwäche oder fehlende Entschlossenheit wahrnehmen“. Die Aufrechterhaltung von weitgreifenden transatlantischen Beziehungen würde eine gute Investition in die gemeinsame Zukunft darstellen, so der polnische Staatspräsident. Durch die Geschehnisse im Irak, in Syrien, Libyen, der Ukraine oder in Russland werde die bürgerliche Freiheit bedroht und Menschenrechte sowie Rechtsstaatlichkeit missachtet. Unter dem Deckmantel humanitärer Parolen und Minderheitenschutz vollziehe sich die Wiedergeburt einer nationalistischen Ideologie, die Menschen- und Völkerrecht verletze. „Wir kennen das allzu gut aus den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts“, so Komorowski. Auf diese Gefahren für die Freiheit müsse mit aller Stärke und mit einer klaren Sprache hingewiesen werden. Komorowski forderte in seiner Rede auch eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen. Für die Zukunft Europas brauche man eine deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft.

Frieden nur durch territoriale Integrität möglich

Bundestagspräsident Lammert erinnerte im Rahmen der Feierstunde an den Besuch von Papst Johannes Paul II. in Deutschland 1996. Der Papst habe gefragt, wo die „Wasserscheide zwischen Generationen, die nicht genug bezahlt haben und Generationen, die zu viel bezahlt haben“ liege und auf welcher Seite wir stünden. Diese Frage, so Lammert, stelle sich jede Generation neu und für uns Deutsche stelle sie sich ganz besonders. In dem man an die deutsche Schuld erinnere, bekenne man sich seiner Verantwortung, nicht zu vergessen. Deutschland stehe zu seinen Lehren, die es aus der Geschichte gezogen habe und ist dankbar für die Chance, die es erhielt, wieder in die Gemeinschaft der Nationen aufgenommen werden zu können. Die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen beweise, dass Frieden in Europa nur möglich sei, wenn die territoriale Integrität eines Landes nicht mehr infrage gestellt werde. Diese Erkenntnis sei im heutigen Europa aktueller denn je, so der Bundestagspräsident. Neben den Rednern, der Bundeskanzlerin und den Parlamentariern nahm an der Gedenkstunde auch Bundespräsident Joachim Gauck teil.